

Die arabische Region im Umbruch

Zur Rolle islamistischer Oppositionsbewegungen in Jordanien, Ägypten und Tunesien

EDITORIAL

Ein Feuer breitet sich aus in der arabischen Welt. Protestbewegungen aus allen Schichten der Gesellschaft bringen langjährige autokratische Regime zu Fall oder in große Bedrängnis. Das weckt vielfältige Ängste, im Westen, aber auch bei den Menschen in den arabischen Ländern selbst.

Wie werden sich die islamistischen Bewegungen verhalten, denen die autokratischen Regime bislang kaum politischen Spielraum gewährten – von politischer Verantwortung ganz zu schweigen? Werden sie in Zukunft die Macht an sich reißen und autokratische Gottesstaaten errichten?

Karima El Ouazghari betrachtet exemplarisch die drei größten islamistischen Oppositionsbewegungen in Jordanien, Ägypten und Tunesien und trifft auf Meinungspluralismus, zum Teil erstaunlich offen ausgetragene Diskussionen über Grundsatzfragen und klare Bekenntnisse zu pluralistischen und demokratischen Werten. Also, viel Lärm um nichts?

Nicht ganz, steht doch der „Praxistest“ noch aus, die Ablehnung Israels ist beunruhigend und religiöse Hardliner, für die eine Theokratie die einzig richtige Staatsform ist, werden vielleicht doch versuchen, die Gunst der Stunde zu nutzen. Aber der Funken Freiheit hat gezündet, der politische Wettbewerb ist in Gang gekommen. Es ist nicht zu erwarten, dass die Menschen in den arabischen Ländern einfach zusehen werden, wie eine Autokratie durch die nächste abgelöst wird.

Den Westen wird es allerdings vor einige Herausforderungen stellen, wenn die Despoten als Garanten für Frieden und Stabilität wegfallen. *Karin Hammer*



Auf dem Tahrirplatz in Kairo konzentrierten sich die Proteste gegen Mubarak. Eine Woche nach seinem Rücktritt sind es „nur“ noch Zehntausende, die sich zusammenfinden, um ihre neue Freiheit zu feiern und die Militärregierung zu drängen, das Land zu demokratischen Reformen zu führen und wie versprochen, die Macht an eine gewählte, zivile Regierung zu übergeben.

Foto: picture-alliance/ap3/ZUMAPRESS.com

Karima El Ouazghari

In der arabischen Region überschlagen sich die Ereignisse: Zunächst gelang es einer Massenprotestbewegung in Tunesien, den seit 1987 autoritär regierenden Zine Ben Ali zu stürzen. Kurz darauf endete in Ägypten infolge 18-tägiger Proteste nach fast 30 Jahren die Mubarak-Ära. In Jordanien kam König Abdullah den Forderungen aufkeimender Protestbewegungen entgegen und entließ am 1. Februar 2011 kurzerhand die gesamte Regierung von Premierminister Samir Rifai. Wie sich die Proteste in Algerien, Syrien, Bahrain, Jemen oder Marokko entwickeln werden, bleibt mit Spannung abzuwarten. Wie auch immer man die gegenwärtigen Ereignisse und Entwicklungen bewertet: Wir sind in jedem Fall Zeugen eines historischen Moments des politischen Umbruchs.

Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse gewinnt die Frage nach der Rolle islamistischer Oppositionsbewegungen an Brisanz. Wie werden sich die jahrzehntelang von autoritären arabischen Regierungen unterdrückten islamistischen Bewegungen in Zeiten des Umbruchs positionieren? Die aktuellen Protestbewegungen wurden bisher in keinem arabischen Land¹ von islamistischen Bewegungen initiiert oder gar angeführt. Dennoch taucht das „Schreckgespenst Islamismus“ erstaunlich häufig auf: Immer wieder wird die Sorge geäußert, Islamisten könnten als Alleinherrscher aus den gegenwärtigen politischen Umbrüchen hervorgehen, um dann einen autokratischen Gottesstaat zu errichten, der die eigene Bevölkerung vehement unterdrücken wird. Ich werde in diesem Standpunkt aufzeigen, warum es an der Zeit ist, sich von diesem Schreckgespenst zu verabschieden.

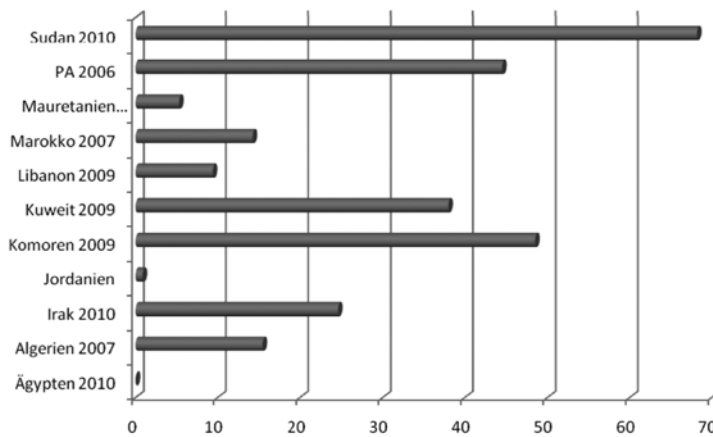
Durch einen genauen Blick auf das bisherige politische Verhalten islamistischer Bewegungen, auf ihre internen pluralistischen Debatten, ihre tatsächliche Stärke sowie die sich abzeichnenden politischen Öffnungen, wird gezeigt, warum Hysterie unangebracht ist.

Zunächst wird der Begriff „Islamismus“ geklärt. Terminologische Klarheit ist unerlässlich angesichts der Begriffsverwirrung in der öffentlichen Debatte. Daran anschließend werde ich kurz die verworrene und ideologiegeladene Debatte um islamistische Oppositionsbewegungen skizzieren. Der Versuch, die Argumente dieser Debatte für die gesamte arabische Region zu überprüfen, würde den Rahmen sprengen. Daher konzentriert sich der Standpunkt auf drei islamistische Gruppen: Die Jordanische Muslimbruderschaft (MB) hat bereits 1992 eine Partei gegründet, die *Islamic Action Front* (IAF). In Jordanien war und ist diese Bewegung wie kaum eine andere in der arabischen Region in politische Prozesse eingebunden. Zweitens werde ich einen Blick auf die ägyptische MB werfen, welche nach jahrzehntelanger Unterdrückung nun offensichtlich ihren Wunsch verwirklichen kann, als politische Partei zu wirken. Drittens widmet sich der Standpunkt der islamistischen Bewegung An-Nahdha in Tunesien, deren Vorsitzender, Rachid Ghannouchi, nach 20jährigem Exil im Januar dieses Jahres wieder nach Tunesien zurückkehrte.

Islamismus ist nicht gleich Islamismus

Was sind Islamisten? Während „Islam“ lediglich das islamische Glaubenssystem ohne politischen Anspruch bezeichnet, verweist „Islamismus“ auf den Anspruch, den Islam zur Richtschnur des *politischen* Handelns zu machen. Diese Definition hat sich zwar bei den meisten Islam- und Politikwissenschaftlern durchgesetzt, dennoch taucht in der Debatte immer wieder das Argument auf, dass der Islam als Religion bereits einen inhärenten politischen Anspruch beherberge. Ohne diese Frage hier theologisch klären zu wollen oder zu können, kann diesem Argument die Vielfalt der Realität entgegengehalten werden: Zahlreiche Gruppen oder Bewegungen gehen selbstbewusst

Anteil islamistischer Parteien oder unabhängiger islamistischer Parlamentarier an den Parlamentssitzen gegenwärtiger Parlamente in Prozent



Ein Blick in die Sitzverteilung arabischer Parlamente kann zwar nicht die tatsächliche politische Stärke dieser Bewegungen aufzeigen, jedoch zeigt sich daran die politische Bedeutung, die islamistische Oppositionsbewegungen bereits vor dem Aufkommen der gegenwärtigen arabischen Revolutions- und Protestbewegungen hatten. Von 22 arabischen Staaten werden gegenwärtig in 16 Staaten regelmäßig Parlamentswahlen abgehalten. In 11 dieser 16 Staaten nahmen Islamisten an den vergangenen Wahlen teil.

Eigene Zusammenstellung nach: Al-jazeeraEnglish, BBCWorldnews, Reuters, Jordan Times usw.

mit ihrer islamischen Identität um, ohne sie mit einem politischen Programm zu verbinden. Hierzu zählen beispielsweise islamische Hilfsorganisationen wie Islamic Relief oder Muslim Hands, verschiedene islamische Kulturvereine oder NGOs, aber auch diverse Sufi-Orden, wie der Naqshbandi-Orden.

Dagegen handeln islamistische Individuen und Gruppen im Rahmen eines jeweils selbst definierten islamischen Bezugssystems *politisch*. Ihr übergeordnetes Ziel ist eine islamische gesellschaftliche und politische Ordnung. Wenig Einigkeit herrscht hingegen über die Frage, wie diese Ordnung im Detail auszusehen hat und v.a. mit welchen Mitteln sie erreicht werden kann. Die Bezeichnung einer Gruppe als „islamistisch“ sagt also zunächst wenig über ihre inhaltliche Programmatik oder ihr Gewaltverhalten aus. Innerhalb dieses breiten islamistischen Rahmens finden Akteure unterschiedlichster Couleur Platz. Genauso sehr wie es nicht den Islam gibt, ist Islamismus nicht gleich Islamismus.

Die begriffliche Zuschreibung ist aus drei Gründen problematisch: Erstens schwingt in der öffentlichen Debatte häufig eine negative Konnotation mit. Der Begriff hat längst den allgemeinen Sprachgebrauch erreicht, in dem er oft undifferenziert verwendet und häufig mit Extremismus oder Terrorismus gleichgesetzt wird. Ein Blick in die Medienlandschaft offenbart ein ähnliches Bild: Von Islamisten wird in der Regel im Zusammen-

hang mit terroristischen Anschlägen oder Bedrohungen berichtet. Zweitens handelt es sich häufig um eine Fremdbezeichnung: Kaum eine islamistische Bewegung würde sich selbst islamistisch nennen. Drittens ist es ein problematischer Begriff, weil er eine äußerst heterogene Gruppe begrifflich zu vereinheitlichen versucht. Nichtsdestotrotz sprechen einige gute Gründe für die Verwendung des Islamismusbegriffes, allerdings auf der Grundlage einer differenzierten Definition.

Die vielfältigen islamistischen Bewegungen lassen sich in dreierlei Hinsicht voneinander unterscheiden: erstens in ihrer Zielrichtung: Während einige Gruppen sich in einem international ausgerichteten Kampf gegen den „Westen“ sehen, den es über die eigenen Landesgrenzen hinaus zu führen gilt (z.B. Al-Qaida), haben andere Gruppen ihr politisches Programm dezidiert national ausgerichtet (z.B. die MB in Jordanien oder Ägypten). Zweitens lassen sich gewalttätige von friedfertigen islamistischen Bewegungen unterscheiden: Für erstere ist Gewalt durchaus eine Option zur Durchsetzung ihres politischen Programms. Sie versuchen, das bestehende politische System durch eine gewalttätige Revolution zu stürzen. Hierzu zählen verschiedene jihadistische Gruppen, die sich häufig als nationaler Arm von Al-Qaida verstehen. Demgegenüber stehen friedfertige islamistische Bewegungen, die keine revolutionären Stra-

tegien verfolgen, sondern einen friedlichen, graduellen Wandel anstreben. Zu diesen politischen Gruppen zählen die PJD (Parti de la justice et du développement) in Marokko sowie die MB in Ägypten und Jordanien, aber auch die Islah-Partei im Jemen. Drittens unterscheiden sie sich auch in ihren politischen Programmen voneinander. Beliebt ist die Unterscheidung zwischen so genannten „Traditionalisten“ einerseits, die sich durch ein eher starres und rigides Religionsverständnis auszeichnen, sowie „Reformisten“ andererseits, oder die Unterscheidung zwischen „radikalen“ und „moderaten“ Islamisten. Diese Unterscheidungen sind allerdings nur eingeschränkt hilfreich. Zielführender ist der Blick in die inhaltlichen Positionen zu bestimmten politischen Fragen.

Insbesondere die national ausgerichteten islamistischen Bewegungen, die friedlich am politischen Prozess im Rahmen bestehender Institutionen teilhaben wollen, haben sowohl in arabischen als auch in westlichen Ländern kontroverse Debatten über den Umgang mit ihnen ausgelöst. Im Gegensatz zu gewalttätigen, terroristischen Islamisten wird ihre Einbindung in politische Prozesse ernsthaft in Erwägung gezogen.

Der gesellschaftliche Rückhalt islamistischer Bewegungen

Dass große Teile arabischer Gesellschaften islamistische Bewegungen unterstützen, scheint in der öffentlichen Debatte eine unumstößliche Wahrheit zu sein, obwohl diese Annahme zumindest in Frage gestellt und nicht so einfach vorausgesetzt werden kann. Interessant ist vor allem, dass diese Annahme sowohl bei denjenigen vorzufinden ist, die eine weitere Einbindung bestimmter islamistischer Bewegungen befürworten oder gar fordern, als auch bei denen, die diesen Bewegungen sehr kritisch gegenüberstehen.

Erstere argumentieren, dass politische Bewegungen mit einem solch hohen Rückhalt in der Bevölkerung in politische Prozesse eingebunden werden müssen, um politische Reformen in arabischen Staaten voranzubringen. Ohne die Einbindung islamistischer Bewegungen wären jegliche Bemühungen um politische Reformen zum Scheitern verurteilt. Wenn islamistische

Bewegungen tatsächlich ein integraler Bestandteil der jeweiligen Gesellschaften sind, müsste der Charakter politischer Systeme in der arabischen Region diesem Umstand Rechnung tragen, „whether or not secular Arabs and Western governments like it.“²

Trojanisches Pferd?

Andere hingegen begegnen islamistischen Bewegungen prinzipiell mit Skepsis und verweisen auf die Gefahren von sofortigen freien und fairen Wahlen, gerade weil islamistische Bewegungen häufig einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung genießen würden. Diese Skeptiker bestreiten nicht, dass einige islamistische Bewegungen dazu bereit sind, an Wahlen teilzunehmen und ihre Verpflichtung gegenüber demokratischen Prinzipien häufig zum Ausdruck bringen. Wenn sie jedoch erst einmal durch freie und faire Wahlen („one man, one vote“) Macht erhielten, würden sie, getreu dem unterstellten Motto „one man, one vote, one time“, einen autoritären Gottesstaat errichten und keine weiteren Wahlen zulassen, in denen sie selbst die Macht verlieren könnten. Verfechter dieses „Trojanischen Pferd-Argumentes“ misstrauen den Demokratie- und Pluralismusbekennnissen islamistischer Bewegungen, in denen sie lediglich ein pragmatisches Manöver sehen. Es seien nicht unbedingt die von Islamisten gewählten Mittel, die sie verdächtig machen, sondern ihre versteckten Ziele.

Die hier skizzierten Argumente zeigen auf, wie polarisiert und ideologiegeladen die Debatte um islamistische Oppositionsbewegungen geführt wird. Weder die unreflektierte Forderung nach einer bedingungslosen Einbindung islamistischer Bewegungen noch ein unbegründetes, pauschales Misstrauen gegenüber islamisch motivierten Akteuren kann der Komplexität des Gegenstandes gerecht werden. Nur ein Blick in die politischen Realitäten kann klären, inwiefern gegenwärtig in einzelnen arabischen Staaten die Machtübernahme durch islamistische Bewegungen wahrscheinlich ist. Um die Programmatiken und Verhaltensmuster von Islamisten zu verstehen, ist es hilfreicher, historische und gegenwärtige politische Rahmenbedingungen zu betrachten, als sich nur auf ihre ideologischen Grundlagen zu beschränken: Wie verhielten

Streitpunkt Islamisten

Democracy cannot come to Arab societies without the participation of movements that command huge popular support.

Hamzawy 2005: The Key to Arab Reform: Moderate Islamists, Carnegie Endowment, Policy Brief

The problem is not in giving power to the Islamists - the problem is that (afterwards), it will be impossible to take it out of their hands by democratic means.

Abd al-Rahman al-Rashed, Generaldirektor des Fernsehsenders Al-arabiyya 2005

Zum Weiterlesen

Asseburg, Muriel 2008: Moderate Islamisten als Reformkräfte? Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Band 716.

Brown, Nathan/Hamzawy, Amr/Ottawa, Marina 2006: Islamist Movements and the Democratic Process in the Arab World: Exploring the Gray Zones. Middle East Studies, Carnegie Papers.

Tamimi Azzam 2001: Rachid Ghannouchi: A Democrat within Islamism, Center for the Study of Democracy, University of Westminster.

Schwedler, Jilian 2006: Faith in Moderation: Islamist Parties in Jordan and Yemen, Cambridge University Press.

sie sich bisher in politischen Prozessen? Welche politischen Positionen vertreten die einzelnen islamistischen Bewegungen? Wie stark sind sie wirklich? Welche Rolle könnten sie bei der politischen Neugestaltung arabischer Staaten spielen?

Die jordanische Muslimbruderschaft und das haschemitische Königshaus

Auch wenn Jordanien keine bedeutenden islamistischen Denker wie den ägyptischen Sayyid Qutb oder Hassan al-Banna hervorgebracht hat, erscheint das haschemitische Königreich interessant: Die jordanische MB war und ist als islamistische Oppositionsbewegung wie kaum eine andere in der arabischen Region in politische Prozesse eingebunden. Insofern wird Jordanien häufig als „Paradebeispiel einer gelungenen Integration“ islamistischer Oppositionsbewegungen bezeichnet: „The Jordanian Muslim Brotherhood is the most mature Islamist movement in the Arab world.“²³ Der jordanische Fall eignet sich daher in besonderem Maße dafür, das Verhalten islamistischer Oppositionsbewegungen in verschiedenen „Integrationsphasen“ zu beobachten. In Jordanien wurde die MB 1945 gegründet und stand von Anfang an in einem relativ harmonischen Verhältnis zum haschemitischen Königshaus. Sie stellte die Legitimität des Monarchen nicht in Frage und versuchte, ihr karitatives, soziales Programm im Rahmen der Grenzen durchzuführen, die vom Regime vorgegeben wurden. Der Wunsch der Regierung, linke und nationalistische Tendenzen in Jordanien einzuschränken, kam der MB zu Gute: Während andere politische Bewegungen, vor allem zwischen den 1950er und 1970er Jahren, massiv unterdrückt wurden, genoss sie eine Sonderstellung. Dies trug dazu bei, dass sie die am besten organisierte politische Oppositionsbewegung werden konnte.

Das Verhältnis der MB bzw. der IAF zum haschemitischen Königshaus war lange Zeit symbiotischer Art, jedoch gab es auch konfliktreiche Phasen. Die Geschichte dieser Beziehung verdeutlicht das Verhalten der jordanischen Islamisten in dreierlei Hinsicht:

Erstens war und ist selbst die relativ weit eingebundene jordanische IAF eine Oppositionspartei, sodass aufgrund von mangel-

der Regierungserfahrung nur schwer abzu-sehen ist, wie sie sich verhalten würde, wenn sie tatsächlich Regierungsverantwortung erhielte. Im Oktober 1989 profitierte die MB von dem Klima politischer Öffnungen und gewann bei den Parlamentswahlen 22 von 80 Parlamentssitzen, gemeinsam mit anderen, unabhängigen Islamisten stellte sie damit rund 40% der Parlamentarier. Als im Dezember 1990 das Kabinett neu gebildet wurde, erhielt die MB unter Premierminister Mudar Badran sogar fünf Ministerien. Für eine weitreichende politische Einflussnahme fehlte ihnen jedoch die Zeit: Nach nur rund sechs Monaten wurde die Regierung aufgelöst und durch eine Regierung unter Premierminister Tahir al-Masri abgelöst. Auch wenn die MB und später die IAF relativ weit in politische Prozesse eingebunden wurde, war sie doch immer weit von weitreichender Regierungsverantwortung entfernt.

Zweitens bewies die IAF in mehreren Phasen ihre Kooperationsbereitschaft: Sie war nicht nur dazu bereit, mit der Regierung zusammenzuarbeiten und an pluralistischen Prozessen teilzunehmen, sondern auch mit Gruppen Allianzen einzugehen, die historisch betrachtet ideologische Rivalen darstellten. Dies konnte man insbesondere 1994 beobachten, als die haschemitisch-islamistische Beziehung langfristig auf eine harte Bewährungsprobe gestellt wurde: Im Oktober 1994 unterzeichnete Jordanien mit Israel einen Friedensvertrag (nach Ägypten der zweite arabische Staat). Dieser Vertrag, der in Jordanien besser unter dem Namen „Wadi-Araba“-Vertrag bekannt ist, stieß in weiten Teilen der jordanischen Gesellschaft, gelinde formuliert, auf großen Unmut. Dies hängt insbesondere mit der palästinensischen Identität großer Teile der jordanischen Bevölkerung zusammen.⁴ „After Wadi Araba things went from bad to worse.“⁴⁵ Der Friedensvertrag löste eine jordanische „Anti-Normalisierungsbewegung“ aus, die seither von der MB angeführt wird. Die Opposition zum Friedensvertrag ließ die Islamisten Allianzen mit anderen Parteien eingehen, denen sie traditionell eher feindlich gesinnt war, wie z.B. die jordanische Baath-Partei oder die Kommunistische Partei.

Drittens ist das Verhältnis der jordanischen MB zur haschemitischen Monarchie ein besonderes, weil es durch eine Art

loyale Verbundenheit geprägt ist, sodass eher der Ausdruck „loyale Opposition“ dieses Verhältnis treffend beschreibt: „We don't consider ourselves as a complete opposition, but more what we call a ‚positive opposition‘.“⁴⁶ Auch wenn sich das haschemitisch-islamistische Verhältnis durch den Tod König Husseins und die Machtübernahme durch seinen Sohn Abdullah II im Jahr 1999 deutlich verschlechterte, kann es im regionalen Vergleich nach wie vor als ein gutes Verhältnis bezeichnet werden.

Die Ziele der jordanischen Muslimbrüder

Eine Analyse der seit 1989 regelmäßig verfassten Parteiprogramme, verschiedener öffentlicher Statements sowie zahlreicher Gespräche mit IAF-Funktionären lässt drei Schlussfolgerungen zu:

Erstens herrscht weitgehend Einigkeit über die grundlegende politische Strategie: Reform und nicht Revolution. Die in ihren Parteiprogrammen skizzierten Ziele will die IAF durch einen langsamen Wandel erreichen: „The Islamic movement aims to change and to reform. But this reform and changing is very far away from violence, we are working in peaceful ways. This project comes step by step.“⁴⁷ Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele lehnt sie entschieden ab. Sie verfolgen eigenen Aussagen zufolge einen graduellen Wandel.

Zweitens zeigt der Vergleich der verschiedenen politischen Positionen über Zeit die Flexibilität und den internen Pluralismus dieser Bewegung. Während beispielsweise noch 1989 interne Debatten darüber geführt wurden, ob es mit der eigenen Ideologie vereinbar sei, an pluralistischen Wahlen teilzunehmen, war dies in den Folgejahren nicht mehr notwendig. Ähnlich verhält es sich mit der Rolle von Frauen innerhalb der IAF: „When we gave women their full right to participate some sheikhs said that they don't accept that. Now they approve that and follow us and started to work on that.“⁴⁸ Außerdem verdeutlichen die parteiinternen Debatten und Entscheidungsfindungsprozesse, dass es sich bei der IAF keineswegs um einen monolithischen Block handelt. Die IAF nahm an mehreren Parlamentswahlen teil, in deren Vorfeld sie regelmäßig parteiintern

Die Macht der Autokraten

König Abdullah in Jordanien

Der Verfassung von 1952 zufolge ist das haschemitische Königreich Jordanien eine konstitutionelle Monarchie. Das jordanische Königshaus legitimiert sich religiös, in dem es sich auf seine Abstammung aus dem Stamm Bani Hashim (und damit auf die Familie des Propheten Muhammads) beruft. Der König hat weitreichende Kompetenzen: Er ist Staatsoberhaupt, Oberbefehlshaber der Streitkräfte und ernennt den Ministerpräsidenten sowie den Premierminister, welcher wiederum das Kabinett zusammenstellt. Der Senat (Oberhaus) besteht aus 40 Mitgliedern, die für acht Jahre vom König ernannt werden. Das Unterhaus (Abgeordnetenhaus) besteht aus 120 Abgeordneten, die direkt vom Volk gewählt werden. Die Regierung lässt dem Unterhaus Gesetzesvorlagen zukommen, über welche diese per Mehrheitswahlrecht entscheiden. Das Unterhaus hat im Vergleich zu anderen arabischen Parlamenten relativ weitreichende Kompetenzen und kann Gesetzesvorlagen blockieren oder per Misstrauensvotum die Regierung zum Sturz bringen. Falls sie jedoch mit der Gesetzesvorlage übereinstimmt, wird diese an das Oberhaus weitergeleitet. Wenn dieses zustimmt, kann der König entweder ebenso zustimmen oder mit einer Erklärung an das Parlament zurückschicken bzw. ganz ablehnen. Außerdem kann der König das Parlament jederzeit auflösen und per königlichem Dekret regieren.

Ägypten unter Mubarak

Die Arabische Republik Ägyptens war der Verfassung von 1971 zufolge (bis zur Verfassungsänderung 2007) ein sozialistisch-demokratischer Staat, de facto aber eine Militärdiktatur mit einem großen Sicherheitsapparat. Der Staatspräsident hatte als Staatsoberhaupt weitreichende Vollmachten: Er war Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernannte den Ministerpräsidenten und die Mitglieder des Kabinetts, konnte das Parlament auflösen und verfügte über ein Vetorecht bei Gesetzgebungen. Die 454 Mitglieder der Volksversammlung wurden vom Volk für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Die Verfassung gab dem Staatspräsidenten große Einflussmöglichkeiten in die Hand. Darüber hinaus halfen die seit 1981 geltenden Notstandsgesetze Mubarak (seit 1981 Staatspräsidenten und Vorsitzender der Regierungspartei NDP) dabei, die von der Verfassung vorgesehenen Machteinschränkungen zu umgehen: Beispielsweise konnte er per Dekret am Parlament vorbei regieren, die Versammlungsfreiheit je nach politischem Kalkül und Situation einschränken, Personen ohne Begründung unbefristet festhalten lassen, willkürliche Wohnungsdurchsuchungen durchführen oder jegliche Kommunikationsmittel wie Telefon und Internet überwachen lassen.

Zine Ben Alis Herrschaft in Tunesien

Zine Ben Ali war seit 1987 Staatspräsident Tunesiens und damit auch gleichzeitig Staatsoberhaupt, sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte. 2002 ließ er die Verfassung ändern, um eine weitere Amtszeit zu legalisieren. Auch hier ermöglichte die Verfassung Ben Ali nahezu grenzenlose Kompetenzen: Der Präsident erhielt strafrechtliche Immunität während seiner Amtszeit, während der Parlamentsferien konnte der Präsident eigenmächtig Gesetze erlassen. Neben der Regierungspartei RCD existierten zwar Oppositionsparteien, jedoch waren dank des Repressionsapparates nur diejenigen legal, die kaum einen gesellschaftlichen Anhang vorweisen konnten, und/oder von der Regierung unterwandert wurden. Regimekritische politische oder zivilgesellschaftliche Gruppen wurden rigoros in die Illegitimität getrieben. Betrachtet man sich das Abschneiden Tunesiens unter Ben Ali bei verschiedenen Indizes, die politische und bürgerliche Freiheiten messen, so kann Ben Alis Tunesien guten Gewissens als Polizeistaat bezeichnet werden, dessen Geheimdienst allgegenwärtig und einer der gefürchtetsten in der arabischen Welt war: Übergriffe auf kritische Journalisten oder Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen u.ä. Gruppen gehörten ebenso zur Tagesordnung wie willkürliche Verhaftungen und Folterungen.

Die Ziele der jordanischen Muslimbrüder

We want to reform. We don't want to take over everything. We want to work with others and share with them. We don't want to control everything. We want everyone to participate in this project.

Hamza Mansour, Generalsekretär der Islamic Action Front im Interview mit der Autorin, im Juli 2010.

An Islamic state is a civil nation, based on Islamic principles. And if it's the choice of the people to be ruled by Islam, why do we deny them this?

Zaki Bani Rsheid, ehemaliger Generalsekretär der Islamic Action Front, im Interview mit Autorin, im Juli 2010.

In my point of view, an Islamic State does not have a fixed shape. It can be under a Kalifat or monarchy or president. An Islamic state is not of a certain shape, it is the spirit.

Nabil Qufahi, Mitglied des Shura-Rates der IAF, von 1999 bis 2001 Bürgermeister von Irbid, im Interview mit Autorin im Juli 2010.

über einen Wahlboykott debattierte. 1997 entschied sich erstmals eine Mehrheit des IAF-Schura-Rates (die Parteiversammlung der IAF) für einen Wahlboykott, um damit gegen die neue Repressionswelle der Regierung sowie gegen die Einführung eines neuen Wahlgesetzes zu protestieren, das offensichtlich den Einfluss der Islamisten einschränken sollte. Auch aktuell polarisierten sich die parteiinternen Debatten zunehmend: Im Sommer 2010 entschied die IAF (ebenso wie die Mehrheit der Oppositionsparteien) nach langwierigen und hitzig geführten Debatten per Abstimmung, die Wahlen im November 2010 zu boykottieren, womit die haschemitisch-islamistischen Beziehungen einen neuen Tiefpunkt erreichten. Es sei jedoch auch angemerkt, dass die MB sowie die IAF in anderen Punkten weniger kompromissbereit ist: Wie bereits erwähnt, bildet der israelisch-jordanische Friedensvertrag von 1994 den größten Reibungspunkt mit dem Königshaus und der Regierung. Gleichzeitig ist hierüber am wenigsten Flexibilität zu erwarten. Die jordanische MB führt die so genannte „Anti-Normalisierungsbewegung“ an, spricht sich gegen eine Zwei-Staaten-Lösung aus und weigert sich, das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Drittens lassen die Parteiprogramme der IAF ausgearbeitete, detaillierte politische Programme vermissen. In allen Parteiprogrammen wird die Anwendung der Scharia als legitime Pflicht und primäres Ziel der Partei genannt, es bleibt jedoch unklar und sehr vage, was damit im Einzelnen gemeint ist. Auf Nachfrage erhielt ich entweder sehr allgemeine oder sehr unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie ein „islamischer Staat“ und die Anwendung der Scharia denn im Einzelnen aussehen sollen.

Gesellschaftlicher Rückhalt der jordanischen Muslimbruderschaft

Es ist es nur sehr schwer einzuschätzen, wie groß der gesellschaftliche Rückhalt der MB in Jordanien tatsächlich ist. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen alleine treffen keine verlässliche Aussage darüber, weil bestimmte Wahlgesetze und offensichtliche -manipulationen an der Repräsentativität der Wahlergebnisse zu Recht zweifeln las-



Nach vielen Jahren trafen sich der Generalsekretär der IAF, Hamza Mansour, und König Abdullah II von Jordanien am 3. Februar 2011 zum ersten Mal wieder.

Foto: picture-alliance

sen. Auf Nachfrage wird die wahre Anhängerschaft zwischen 10% und 80% der Jordanier geschätzt, je nach (ideologischer) Orientierung der Befragten. Schwierig ist diese Einschätzung ebenso, weil die Frage nach ihrem Rückhalt eng mit der Frage nach den Gründen für die gesellschaftliche Unterstützung verknüpft ist: Würde die Mehrheit der Jordanier die IAF wählen, weil sie ihr Parteiprogramm überzeugt, aus Mangel an effektiv agierenden, oppositionellen Alternativen oder aufgrund des „guten Rufes“ der karitativ tätigen MB?

Bei den Protestaktionen Anfang dieses Jahres verhielten sich die IAF und die MB zunächst relativ zurückhaltend. Ihre Forderungen beschränkten sich darauf, die Regierung aufzulösen sowie einen neuen Premierminister wählen zu lassen (und nicht wie bisher üblich vom König ernennen zu lassen). Die Legitimität des Königs wurde nicht direkt in Frage gestellt. Das Königshaus reagierte prompt, löste die Regierung auf, ernannte jedoch Marouf Suleiman al-Bakhit zum neuen Premierminister. Die gegenwärtigen Proteste in Jordanien (Ende März) nehmen zunehmend gewaltvolle Form an und richten sich gegen diesen Premierminister und gegen die Tatsache, dass er erneut vom König ernannt und nicht gewählt wurde.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die IAF in neuen Wahlen positionieren wird. In einem Treffen zwischen dem Generalsekretär der IAF Hamza Mansour und König Abdullah II am 3. Februar dieses Jahres (dem ersten Treffen dieser Art seit Jahren) versicherte Mansour, dass die IAF nicht den Sturz der Monarchie anstrebt, aber auch die Idee einer konstitutionellen Monarchie nicht aufgegeben hat. Der neue

Premierminister bot der IAF einige Posten im neuen Kabinett an, die diese allerdings dankend ablehnte.

Die ägyptische Muslimbruderschaft und das Erbe Mubaraks

Die ägyptische MB nimmt in mehrerer Hinsicht eine politische und kulturelle Schlüsselstellung für die gesamte arabische Region ein und wird daher mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet. 1928 von Hassan Al-Banna gegründet, konnte sich die MB über die ägyptischen Grenzen hinaus verbreiten. Auch wenn sich ihre Arbeit traditionell auf karitative Tätigkeiten konzentrierte, durchlief sie bis zu einem gewissen Grad eine Politisierung, die sie häufig mit der autokratischen ägyptischen Regierung zusammenstoßen ließ. Sie bewegte sich in einer rechtlichen Grauzone: Als politische Partei war sie zwar nicht zugelassen, jedoch konnten ihre Mitglieder als unabhängige Kandidaten an Wahlen teilnehmen und waren zeitweilig sogar im Parlament vertreten. Die ägyptische Regierung tolerierte die MB, allerdings wurde sie nicht in dem Ausmaß in politische Prozesse eingebunden, wie es in Jordanien der Fall war und ist. Husni Mubarak verfolgte zwei Strategien, um den Einfluss der MB möglichst weit einzugrenzen: Zum einen gehörten Verhaftungswellen und Verurteilungen vor Militärgerichten zur Tagesordnung, zum anderen griff die Regierung auch auf rechtliche Maßnahmen zurück, um die MB im Zaum zu halten. Zu Letzteren zählt beispielsweise die Verfassungsänderung im Jahre 2007, durch die alle politischen Parteien verboten wurden, die auf religiöser Grundlage gegründet wurden.

Die ägyptische MB konnte in mehreren Parlamentswahlen beträchtliche Wahlerfolge erzielen, doch den Höhepunkt erreichte sie im Jahre 2005, als sie (für viele überraschend) ihre Parlamentssitze von 17 auf 88 (von insgesamt 454 Sitzen) erhöhen konnte. Die ägyptische Regierung reagierte in den Folgejahren mit zunehmenden Repressionen, welche im November 2010 in offensichtlich gefälschten Parlamentswahlen gipfelten. Die MB erhielt nach den ersten Wahlrunden keinen einzigen Parlamentssitz und entschied sich in Anbetracht des eindeutigen Wahlbetruges, die zweite Runde der Wahlen zu boykottieren.

Nach Mubaraks Sturz ist noch unklar, wohin sich das politische System Ägyptens bewegen wird. Die gegenwärtig regierende Armee hat angekündigt, innerhalb von sechs Monaten die Macht an eine gewählte, zivile Regierung zu übergeben. Nach dem Ergebnis des Referendums zur Verfassungsänderung am 20. März 2011 sollen nun im September 2011 Parlamentswahlen stattfinden. Das neu gewählte Parlament soll dann eine Verfassungsversammlung ernennen, welche wiederum binnen sechs Monaten eine neue Verfassung formulieren soll. In diesen von Umbrüchen und Unsicherheiten geprägten Zeiten wird häufig die Befürchtung geäußert, dass die MB in Ägypten von den erwarteten politischen Öffnungen profitieren und die Macht an sich reißen könnte. Dann würde sie nach dem ihr unterstellten Motto „one man, one vote, one time“, ihr „wahres“ autoritäres Gesicht zeigen. Mubarak versuchte bis zuletzt, die MB als eine Gruppe gewalttätiger und extremistischer Islamisten darzustellen, um sich selbst gegenüber der eigenen Bevölkerung sowie gegenüber westlichen Staaten als das „kleinere Übel“ zu positionieren.

Was will die ägyptische Muslimbruderschaft?

Ein Blick in die inhaltliche Programmatik der ägyptischen MB lässt ähnliche Schlüsse wie bei der jordanischen MB zu: Die wiederholte Betonung eines friedlichen Wandels zur Erreichung ihrer Ziele durchzieht die Statements und Programme wie ein roter Faden. Durch ihre jahrzehntelange Unterdrückung musste die MB zwar einige Rückschläge erleiden, jedoch war dieser re-

pressive Ausschluss auch immer eine willkommene Ausrede, um nicht detaillierte praktische Programme liefern zu müssen. „Vagueness and indeterminacy are some of the few prerequisites of political opposition.“⁴⁹ In den vergangenen Jahrzehnten lieferte die MB keine detaillierten Parteiprogramme, in denen genauere Vorstellungen über eine politische Ordnung deutlich werden. Vielmehr konzentrierte sie sich bisher darauf, den autoritären Status quo zu kritisieren und bot jenseits des beliebten Slogans „Islam ist die Lösung“ wenig politische Alternativen. Die Verpflichtung zu demokratischen, pluralistischen Werten und gleichzeitig die vage, einschränkende Formulierung „im Rahmen der Scharia“, finden sich bei der ägyptischen ebenso wie bei der jordanischen MB wieder. Die Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer pluralistischen und liberalen Bekenntnisse werden häufig durch die weniger liberalen und teilweise diskriminierenden Positionen in soziokulturellen Fragen bestärkt. In den vergangenen Jahrzehnten wurde die MB daher immer wieder dazu gedrängt, deutlicher zu machen, wie sie ihr Verständnis der Scharia in praktische Politik und rechtliche Programme umzusetzen beabsichtigt.

Ende 2007 veröffentlichte die ägyptische MB schließlich einen ersten Entwurf für ein Parteiprogramm, den sie verschiedenen Intellektuellen und Experten zukommen ließ. Dieses Programm wurde ohne die Existenz einer Partei veröffentlicht und war daher rein hypothetischer Art. Im Jahre 2007 schien die Gründung einer Partei aufgrund von verfassungsrechtlichen Hürden nicht in greifbarer Nähe. Aus heutiger Perspektive liefert dieses Programm wichtige Indizien dafür, wie eine zukünftige islamistische Partei in Ägypten aussehen könnte. Außerdem lassen die Kontroversen und internen Debatten, welche die Veröffentlichung auslöste, auf die interne Struktur schließen und zeigen wichtige Streitpunkte innerhalb der MB auf.

Das Parteiprogramm war sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht beispiellos: Erstmals wurden außergewöhnlich detaillierte Positionen (auf 128 Seiten) zu politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen formuliert. Dennoch wurde in dem Programm nicht geklärt, in welchem Verhältnis die zukünftige Partei zur MB stehen wird. Ebenso wurde nicht

Islam definieren

Islam ist weitestgehend das, was Muslime an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit als islamisch definieren und praktizieren.

Krämer 1999: Gottes Staat als Republik: Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie, S. 25.

Religious injunctions are nothing but our understanding of them; they are what we make them to be.

Bayat 2007: Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn, S. 5.

abschließend geklärt, ob die Mitgliedschaft allen Ägyptern, unabhängig von ihrer konfessionellen Zugehörigkeit, offen steht.

Die Veröffentlichung 2007 löste Debatten aus, die sich insbesondere auf zwei Aussagen konzentrierten: erstens die Gründung eines religiösen „Ulama-Rates“ sowie zweitens der Ausschluss von Frauen und Nicht-Muslimen von hohen politischen Ämtern (insbesondere dem Präsidentenamt). Der religiöse Rat sollte von allen religiösen Gelehrten des Landes gewählt werden und die Legislative und Exekutive in religiösen Rechtsfragen beraten. In Fällen, in welchen der Rat der Ansicht war, dass religiöses Recht in Gefahr ist, sollten seine Entscheidungen auch bindenden Charakter haben. Es waren insbesondere diese zwei Forderungen des Programms, die eine interne Debatte auslösten, welche einmalig in der Geschichte der ägyptischen MB war: Auch zuvor gab es selbstverständlich Differenzen über einzelne Strategien und Inhalte, allerdings wurden diese nun erstmals in der Öffentlichkeit ausgetragen. Während es ihr davor weitgehend gelang, mit einer Stimme zu reden, waren diesmal klare Lager zu erkennen: ein konservatives gegen ein reformistisches Lager ebenso wie deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Generationen der MB. Während Muslimbrüder wie Muhammad Habib behaupteten, dass der Entwurf repräsentativ sei, kritisierten andere wie Abd al-Mun'im Abu al-Futuli die kontroversen Teile des Programms, weil es nicht MB-Konsens darstelle, sondern lediglich die Ansichten einiger weniger Muslimbrüder repräsentiere. In dieser öffentlichen Debatte, die in einen „Fatwa-Krieg“ ausartete, diskutierten die einzelnen Muslimbrüder in einem ungewohnt offenen, aber zugleich scharfen Ton miteinander, der die inhaltliche Vielfältigkeit der MB verdeutlichte.

Ähnlich wie in Jordanien entwickelte sich auch in Ägypten der Friedensvertrag mit Israel zu einem besonders großen Reibungspunkt mit der Regierung. Daher werden die aktuellen Ereignisse vor allem von israelischer Seite mit Sorge beobachtet: Man fürchtet dort, dass ein Ägypten, in dem die MB regiert oder zumindest besonders einflussreich ist, den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag auflösen wird. Die Sorge um die Aufkündigung des 1979 zwischen Anwar as-Sadat und Menach-

em Begin geschlossenen Vertrages ist verständlich. Der Frieden zwischen Israel und Ägypten ist (wie auch der jordanisch-israelische) ein kalter Frieden geblieben, gegen den sich große Teile der ägyptischen Bevölkerung zur Wehr setzten. Doch der gegenwärtige Tenor in der ägyptischen MB ist nicht so eindeutig in seiner Abwehrhaltung gegen den Friedensvertrag, wie häufig behauptet wird. Ende Februar dieses Jahres betonte Essam El Erian, Mitglied des Exekutivbüros der ägyptischen MB, dass die MB ihre Haltung zu Israel und zum Friedensvertrag von dem Mehrheitswillen eines repräsentativen Parlaments abhängig machen wird. Ein Aussetzen des Friedensvertrages durch eine MB-dominierte Regierung ist allerdings unwahrscheinlich, weil auch eine solche Regierung an einem wirtschaftlich und politisch stabilen Ägypten interessiert sein wird, auch wenn sie sich gegenüber der Hamas wahrscheinlich solidarischer zeigen wird als die vergangene Regierung. Grundsätzlich kann angezweifelt werden, dass eine demokratisch legitimierte, säkulare Regierung dem Friedensvertrag und Israel freundlicher gegenüberstehen wird als eine von der MB dominierte Regierung.

Wie stark ist die ägyptische Muslimbruderschaft?

Die gegenwärtigen Umbrüche in Ägypten haben bereits jetzt historische Ausmaße angenommen, sodass sich die Frage nach der wahren Stärke der MB hier sehr viel drängender als in Jordanien stellt. Aus ähnlichen Gründen wie bei der jordanischen MB lässt sich nur schwer abschätzen, wie stark der gesellschaftliche Rückhalt der ägyptischen MB tatsächlich ist. Noch stärker als die jordanische MB hat sie durch ihre karitativen Tätigkeiten und den Mangel an politischen Alternativen mit Sicherheit zahlreiche Sympathisanten innerhalb der ägyptischen Bevölkerung gewonnen (sie hat schätzungsweise 300 000 Mitglieder und Millionen Sympathisanten). Jedoch ist aus bereits oben genannten Gründen auch hier mehr als fragwürdig, ob sich diese Unterstützung tatsächlich mit dem politischen Programm der MB erklären lässt.

Die Massenproteste der vergangenen Wochen in Ägypten standen nicht unter einem

islamischen Banner oder bedienten sich gar islamistischer Slogans wie „Islam ist die Lösung“. Die ägyptische MB verhielt sich gar ausgesprochen zurückhaltend „We are not pushing this movement but we are moving with it. We don't wish to lead it but we want to be part of it“ (Muslimbruder Mohammed Mursi am 27. Januar 2011). Nur fünf Tage vor dem Rücktritt Mubaraks am 11. Februar 2011 nahm die MB an Gesprächen mit Mubarak teil, während andere Oppositionsbewegungen sowie die überwältigende Mehrheit der Protestierenden bereits den sofortigen Rücktritt Mubaraks forderten. In diesen Gesprächen ging es um demokratische Reformen, die zu Wahlen der Nachfolge Mubaraks führen sollten. Außerdem machten führende Muslimbrüder bereits am 9. Februar deutlich, dass sie die politische Sphäre nach der Mubarak-Ära keineswegs dominieren wollen. Die Zurückhaltung der MB ist aus historischer Perspektive wenig überraschend. Es passt in das bisherige Verhaltensmuster der MB: gradueller Wandel, anstatt revolutionärer Umbrüche; Vorsicht und Pragmatismus sowie eine enge Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteuren.

Es stimmt zwar, dass die ägyptische MB bisher die am besten organisierte Oppositionsgruppe ist, jedoch könnte sich das mittelfristig ändern. Die politische Sphäre in Ägypten ist nun so weit offen, wie es noch Anfang 2011 kaum jemand für möglich gehalten hätte. Falls einige der zahlreichen Protestbewegungen (denen es in den vergangenen Wochen gelang, Millionen Ägypter zu mobilisieren) politische Parteien gründen werden, wird sich damit die Parteienlandschaft Ägyptens grundlegend verändern und die MB vor vollkommen neue Herausforderungen stellen. Diejenigen Ägypter, die die MB bisher aus Mangel an Alternativen wählten, könnten sich nun von ihr abwenden. Ebenso glichen bisherige Parlamentswahlen in den Augen der Mehrheit der Ägypter einer Farce, was sich in extrem niedrigen Wahlbeteiligungen widerspiegelte. Es bleibt daher abzuwarten, wie sich das Wahlverhalten der Ägypter in freien Wahlen innerhalb eines politisierten öffentlichen Klimas verändern wird. Bei dem bereits oben erwähnten Referendum zur Verfassungsänderung lag die Wahlbeteiligung mit 40% höher als bei allen vorangegangenen Parlamentswahlen. Die MB wird sich einem pluralistischen politischen

Wettbewerb stellen müssen, in dem sie nur eine (aber nicht unbedingt unbedeutende) politische Rolle bei der politischen Neustrukturierung Ägyptens spielen wird.

Die von der ägyptischen MB angekündigte Parteigründung der Freedom and Justice Party wirft gegenwärtig mehr Fragen auf, als sie Antworten bietet: Wie wird die Partei organisiert sein? Welche inhaltliche Programmatik verfolgt sie? In welchem Verhältnis wird sie zur MB stehen? Inwiefern wird sie mit anderen Parteien zusammenarbeiten? Solche Fragen mussten von der MB bisher nicht detailliert beantwortet werden, weil eine Regierungsbeteiligung nicht ernsthaft zur Debatte stand. Wenn sich nun allerdings ein politisches System ankündigt, in dem die MB eine gewichtige Rolle spielen könnte, wird sie diese Fragen im Detail beantworten müssen. Es ist ebenso noch unklar, inwiefern diese Partei einen Präsidentschaftskandidaten stellen wird. Während die MB noch Anfang Februar 2011 eine solche Möglichkeit ausschloss und ankündigte, El-Baradei zu unterstützen, lässt sich das Mitglied des MB-Exekutivbüros Saad Ketatni diese Möglichkeit nun offen: „It is so difficult to make a decision now, and when we finalize the party's foundation, its members will have the final word“.¹⁰

Zahlreiche Beobachter formulieren ihre Befürchtung, dass es in Ägypten zu ähnlichen Entwicklungen wie im Iran 1979 kommen könnte. Abgesehen von historischen und gesellschaftlichen Unterschieden sowie vollkommen unterschiedlichen wirtschaftlichen Charakteristika und regi-

onalen Faktoren ist die derzeitige Situation in Ägypten aus folgenden vier Gründen nicht mit der islamischen Revolution im Iran 1979 vergleichbar: Erstens gibt es in Ägypten keinen charismatischen islamistischen Führer, wie es Khomeini im Iran war. Zweitens hat die ägyptische MB offiziell der Gewalt abgeschworen. Drittens hat die ägyptische MB bereits Erfahrungen mit Parlamentswahlen und viertens standen die Proteste der vergangenen Wochen keineswegs unter einem islamischen Banner. Es gibt mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten zwischen der ägyptischen Situation heute und der im Iran 1979, sodass ein derartiger Vergleich haltlos erscheint.

Die tunesische An-Nahdha unter Bourguiba und Ben Ali

Auch in Tunesien stellt sich nach dem Sturz Ben Alis für viele Beobachter die Frage, welche Rolle islamistische Oppositionsbewegungen spielen könnten. Dabei wird in erster Linie die An-Nahdha Bewegung unter der Führung Rachid Ghannouchis genauer in den Blick genommen. Diese hieß ursprünglich *Movement of the Islamic Tendency* (MIT) und war von den späten 1970er bis in die 1980er Jahre hinein eine wichtige politische Kraft in Tunesien. Ähnlich wie in Jordanien und Ägypten profitierte sie von dem Wunsch der Regierung, die Linke zu schwächen, auch wenn sich die Bewegung nur ungern als Produkt dieser Regierungsstrategie ansieht. Im Gegensatz zu anderen



Freude und Erleichterung über den Rücktritt Mubaraks, nachdem pro-demokratische Demonstranten ihn nach 18-tägigen Protesten mit einem denkwürdigen Marsch zu seinen Palästen und zum Staatsfernsehen zur Aufgabe gebracht hatten.

Foto: picture-alliance/landov

Die Muslimbruderschaft

Die Muslimbruderschaft (MB) gilt als die derzeit einflussreichste islamistische Bewegung in der arabischen Region. Sie wurde 1928 von Hassan Al-Banna in Ägypten gegründet und konnte sich auch in anderen arabischen Ländern verbreiten. Die verschiedenen nationalen Ableger der Muslimbruderschaft können sich von Land zu Land stark unterscheiden, sodass es schwierig ist, von *der* MB zu sprechen. Einige dieser Organisationen bezeichnen sich selbst noch als MB, andere hingegen gingen zwar aus der MB hervor, aber haben sich anschließend sehr unterschiedlich entwickelt. In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen nationalen Muslimbruderschaften zueinander? Die Antwort darauf ist kurz und bündig: brüderlich, aber unabhängig. Alle verstehen sich zwar als Teil derselben Bewegung, jedoch sind ihre Ziele klar national ausgerichtet.

Die ägyptische MB ist die älteste und größte islamistische Organisation Ägyptens. Ursprünglich konzentrierte sie sich auf soziale Aufgaben. Ihre Mitgliedsanzahl wuchs schnell an. Sie gründete immer mehr Schulen, Moscheen, Krankenhäuser, Gemeinschaftszentren, Waisenhäuser u.ä. Ihre rasant anwachsende Mitgliederzahl (vor allem im Mittelstand) und ihre zunehmende Politisierung kamen vor allem in Protesten gegen die ägyptische Regierung und in diversen Publikationen zum Ausdruck. Ein sehr bekannter Slogan ihres politischen Aktivismus ist „Islam ist die Lösung“. Welche Antworten sich zu konkreten politischen und gesellschaftlichen Fragen aus islamischen Quellen ableiten lassen, wird innerhalb der MB kontrovers diskutiert.

Die MB zeichnet sich durch klare hierarchische Strukturen aus (mit verschiedenen Mitgliedschaften, Büros, differenzierten Kompetenzverteilungen etc.) und ist in ihrer Entscheidungsfindung stark konsensorientiert. Sie finanziert sich in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge und Spenden.



Glückliche Heimkehr nach 20 Jahren: Rachid Ghannouchi, Vorsitzender der islamistischen An-Nahdha in Tunesien, kehrt aus dem Exil in Großbritannien zurück.

Foto: picture-alliance

oppositionellen Gruppen wurde sie lange zumindest geduldet.

Tunesien war vom Vorgänger Zine Ben Ali, Habib Bourguiba, 1956 in die Unabhängigkeit geführt worden. Seine autoritäre Modernisierungspolitik wird nicht selten mit der Kemal Atatürks verglichen, in der islamistische Bewegungen mit ausgesprochen harter Hand unterdrückt wurden. Bourguiba schuf ein repressives politisches Klima, dass das Aufkeimen eines politischen Pluralismus' ausschloss.

Von Beginn an misstraute die Regierung den Bekenntnissen der MIT zu pluralistischen und friedlichen Werten. Es kam zu zahlreichen Verhaftungswellen, bei denen beispielsweise im Juli 1982 große Teile der MIT-Führung verhaftet wurden. Bourguiba erlaubte es keiner oppositionellen Gruppe, stark genug zu werden, um auch nur annähernd eine gewichtige Rolle zu spielen.

Zine Ben Ali wurde 1984 zum Innenminister ernannt und führte diese Null-Toleranz-Strategie weiter: Die Büros der Oppositionsparteien wurden von der Polizei gestürmt, oppositionelle und unabhängige Zeitungen verboten. Moscheen standen ebenso wie die Medien unter staatlicher Kontrolle. Es kam zunehmend zu (teils gewalttätigen) Konfrontationen zwischen der Regierung und der MIT, worauf große Teile der Bevölkerung mit Protesten und Demonstrationen reagierten. Die Regierung wiederum erhöhte daraufhin den Repressionsgrad und ließ beispielsweise 1986 innerhalb von zwei Monaten 3000 MIT-Mitglieder verhaften. Ein Jahr später wurden führende MIT-Mitglieder zum Tode, Rachid Ghannouchi zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Nach der Machtübernahme durch Ben Ali im November 1987 entspannte sich das Verhältnis zur MIT kurzzeitig, was insbesondere in der Amnestie für tausende politische Gefangene (u.a. Rashid Ghannouchi) zum Ausdruck kam. Doch diese Phase währte nur kurz: Als die Regierung alle politischen Parteien verbot, die auf der Grundlage von Ethnie, Religion, Sprache oder Region gegründet wurden, benannte sich die MIT 1988 um und formulierte ihre Ziele neu. Sie hieß fortan Hizb An-Nahdha (Erneuerungspartei). Ihre Forderung nach politischer Anerkennung als Partei blieb dennoch unerfüllt. Auch wenn sie nicht als politische Partei an den Parlamentswahlen 1989 teilnehmen konnte, gewannen An-Nahdha-Anhänger 12-15% der Stimmen, in einigen Städten sogar um die 30%. Aufgrund des Wahlgesetzes gewannen sie zwar keinen einzigen Sitz im Parlament, doch wurde der Regierung dadurch das Potential der An-Nahdha-Bewegung bewusst und sie reagierte mit einer erneuten Repressionswelle. Daraufhin verließ Rashid Ghannouchi das Land. Er erhielt politisches Asyl in London.

In den Folgejahren verschärfte sich der Ton der An-Nahdha-Bewegung in ihrer Regimekritik, die meist nur aus dem Exil veröffentlicht werden konnte. „The government was clearly out to break al-Nahdha's back.“¹¹ Alleine zwischen September 1990 und März 1992 berichtete Amnesty International von der Verhaftung von mindestens 8 000 An-Nahdha-Anhängern. Der Innenminister rechtfertigte dieses harte Vorgehen mit angeblichen Versuchen der An-Nahdha, die Republik in einen theokra-

tischen Staat verwandeln zu wollen. Durch diese jahrzehntelange staatliche Repressionspolitik, welche die An-Nahdha letztendlich ins Exil trieb, sind ihre Organisationsstrukturen spätestens seit Mitte der 1990er Jahre in Tunesien erfolgreich zer schlagen worden.

Die vagen Ziele der tunesischen An-Nahdha

Inhaltlich sind die MIT und später die An-Nahdha-Partei durchaus mit der jordanischen und ägyptischen MB vergleichbar: Sie zeichnen sich ebenso durch einen klaren Gewaltverzicht und die Anerkennung pluralistischer Werte aus. „Tunisia's Islamists were considered to be among the region's moderate.“¹² Sowohl die Gründungsakte von 1981 als auch das Manifest von 1988 betonte die Relevanz von Werten wie Pluralismus, Toleranz, Freiheit und Demokratie. Auch in verschiedenen Statements wurden Ghannouchi und andere An-Nahdha-Mitglieder nicht müde, zu beteuern, dass sie vollkommen demokratischen Werten verpflichtet seien.

Das Bekenntnis zur Universalität demokratischer Werte wird von der An-Nahdha zwar eindeutiger als von der jordanischen oder ägyptischen MB formuliert, jedoch mussten sie noch weniger als ihre jordanischen oder ägyptischen Gegenstücke detaillierte Programme formulieren. Ihr vages politisches Programm und ihre kaum vorhandenen Erfahrungen innerhalb pluralistischer politischer Prozesse lassen eine Prognose zum zukünftigen Verhalten der An-Nahdha-Bewegung besonders schwierig erscheinen. Sie werden nach jahrzehntelanger Unterdrückung nun erst mal damit beschäftigt sein, sich langsam neu aufzubauen und zu positionieren.

Wie stark ist die tunesische An-Nahdha?

Bei den jüngsten revolutionären Bewegungen spielte die An-Nahdha keine große Rolle. Während die Protestierenden bereits den Rücktritt Ben Alis forderten, hielt sich Ghannouchi noch stark zurück. Ihr gesellschaftlicher Rückhalt (so schwierig dieser auch aus oben genannten Gründen ein-

zuschätzen ist) reicht nicht annähernd an den der ägyptischen oder jordanischen MB heran. Durch Bourguibas und später Ben Alis jahrzehntelange Bemühungen, die islamistischen Bewegungen zu zerschlagen, ist die An-Nahdha sehr viel schwächer als ihre ägyptischen oder jordanischen Gegenstücke.

Nach nahezu 20 Jahren im Londoner Exil kehrte Rashid Ghannouchi am 30. Januar dieses Jahres erstmalig nach Tunesien zurück. Erneut bestätigte er sein Bekenntnis zu pluralistischen Werten: "There must be a real national unity government that includes all political parties as well as civil society institutions, including the trade unions, the union of lawyers without excluding anyone." (AljazeeraEnglish am 3. Februar 2011). Jedoch hat sich die An-Nahdha Bewegung noch nicht eindeutig zur provisorischen Regierung geäußert. Laut einer Presseerklärung vom 7. Februar dieses Jahres sei die An-Nahdha weder für noch gegen die Übergangsregierung. Erneut äußerten auch andere An-Nahdha-Vertreter ihre Bereitschaft, mit allen nationalen Parteien zusammenzuarbeiten und wiederholten ihr Bekenntnis zu pluralistischen Werten.¹³

Legitimität anerkennen, überfrichtige Prognosen vermeiden

In Zeiten politischer Umbrüche sind Prognosen besonders beliebt, aber auch besonders ungewiss. Niemand kann wissen, wohin die politischen Bewegungen in einzelnen arabischen Ländern steuern werden. Allerdings kann man ein Szenario ausschließen: Es finden sich keinerlei ernsthafte Hinweise darauf, dass islamistische Bewegungen in Tunesien, Jordanien oder Ägypten nun die Macht an sich reißen werden, um autokratische „Gottesstaaten“ zu errichten.

Erstens besteht aufgrund des bisherigen politischen Verhaltens aller hier untersuchten islamistischen Bewegungen kein Grund zur Befürchtung, dass sie sich nach einem Wahlerfolg als trojanisches Pferd entpuppen werden und einen autoritären Gottesstaat errichten, in dem sie nicht mehr abgewählt werden können. Die jordanische MB und die IAF waren zwar mit Abstand am weitesten in politische Prozesse eingebunden, jedoch haben auch die ägypti-

tischen und tunesischen Islamisten gezeigt, dass sie demokratische Wahlergebnisse akzeptieren und durch verschiedene politische Kooperationen ihr Fähigkeit bewiesen, an pluralistischen Prozessen teilzunehmen. Ihr bisheriges Verhalten liefert keine Gründe, an ihrer Glaubwürdigkeit zu zweifeln.

Zweitens hat ein Blick in die politischen Inhalte aufgezeigt, dass alle drei islamistischen Bewegungen einem graduellen Wandel verpflichtet sind und keine „islamische Revolution“ nach iranischem Vorbild anstreben oder gar Gewalt zur Durchsetzung ihrer innenpolitischen Ziele eine Option ist. Ihre politischen Ziele mussten die drei Bewegungen (am wenigsten die tunesische An-Nahdha) bisher nicht in detaillierte politische Programme übersetzen, weshalb es äußerst schwierig ist, vorherzusagen, wie sich die einzelnen Bewegungen in Zukunft inhaltlich entwickeln werden. Die tunesische An-Nahdha scheint dabei am ehesten liberal-demokratischen Werten verpflichtet zu sein, wohingegen es bei der ägyptischen und jordanischen MB noch einige Bereiche gibt, in denen die konservativen, sozio-kulturellen Ansichten einiger Mitglieder zum Ausdruck kommen (z.B. geschlechtliche Trennung im öffentlichen Raum, Alkoholverbot, Kleiderordnungen et cetera). Darüber hinaus verdeutlicht ein Blick in die verschiedenen internen Debatten aller drei Bewegungen die Vielfältigkeit der Positionen, sodass nicht abzusehen ist, welche politischen Inhalte sich durchsetzen würden, wenn einer dieser Bewegungen tatsächliche politische Verantwortung erhielte. Dieser interne Pluralismus zeigt, dass keiner der drei islamistischen Gruppen als monolithischer Block angesehen werden kann: Die internen Debatten werden mit zunehmender politischer Verantwortung intensiver geführt und werden von den einzelnen Lagern Kompromisse und gegenseitige Annäherung abverlangen.

Drittens werden die drei islamistischen Bewegungen aufgrund der politischen Rahmenbedingungen nicht als Alleinherrscher aus den sich ankündigenden politischen Neuordnungsprozessen hervorgehen können. In Tunesien ist die jahrzehntelange Unterdrückung und Verfolgung der An-Nahdha-Bewegung sowie die damit zusammenhängende säkulare Tradition Tunesiens dafür verantwortlich, dass für Tunesien ein

Anmerkungen

- 1 Alle Mitglieder der Arabischen Liga werden im Folgenden als „Arabische Länder“ bezeichnet, namentlich Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Komoren, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästinensische Autonomiegebiete, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate.
- 2 Brown, Nathan et al. (2006)
- 3 Malek Twal, Generalsekretär des Ministeriums für politische Entwicklung, im Interview mit Autorin, Juni 2010.
- 4 Niemand kann genau beziffern, wie viele Jordanier palästinensischer Abstammung sind, da zum einen keine verlässlichen Zahlen darüber existieren und zum anderen diese Zahl davon abhängt, wie man „palästinensisch-stämmig“ definiert. Die meisten Experten gehen davon aus, dass mindestens die Hälfte der Jordanier „palästinensische Wurzeln“ hat.
- 5 Nimer al-Assaf (gegenwärtig stellvertretender Generalsekretär der IAF), im Interview mit der Autorin, Juni 2010.
- 6 Abdullatif Arrabiat (gegenwärtig Vorsitzender des Shura-Rates der MB, Anfang der 1990er Jahre Parlamentssprecher und Gründungsmitglied der IAF) Interview mit Autorin im Juni 2010.
- 7 Rohile Gharaibeh (bis 2010 stellvertretender Generalsekretär der IAF) Interview mit Autorin im Juli 2010. Ebenso Interview mit Mussa al-Wash (Mitglied im Schura-Rat und von 2003-2007 IAF-Parlamentarier) „We don't believe in violence, we believe in peaceful change.“ Im Juli 2010.
- 8 Abdullatif Arrabiat, Interview mit Autorin im Juni 2010. Siehe Abu Hanieh, Hassan 2009: Women & Politics From the Perspective of Islamic Movements in Jordan, Friedrich Ebert Stiftung, Amman.
- 9 Nathan J. Brown/Amr Hamzawy 2008: The Draft Party Platform of the Egyptian Muslim Brotherhood: Foray Into Political Integration or Retreat Into Old Positions?, Carnegie Papers, Number 89, Seite 14.
- 10 www.ikhwanweb.com/article.php?id=28091 (24. 2. 2011).
- 11 Gudrun Krämer 1994: The Integration of the Integrists: a comparative study of Egypt, Jordan and Tunisia, in: Ghassan Salamé: Democracy without Democrats: The Renewal of Politics in the Muslim World, Seite 217.
- 12 Noyon, Jennifer 2003: Islam, Politics and Pluralism. Theory and Practice in Turkey, Jordan, Tunisia and Algeria, London, S. 5.
- 13 Siehe An-Nahdha Seite www.nahdha.info/arabe/index.php (arabisch) (12.4.11).

derartiges Szenario ausgeschlossen werden kann. Die An-Nahdha ist mit Abstand die schwächste islamistische Bewegung und hat in den vergangenen Wochen des politischen Umbruchs kaum eine Rolle gespielt. Sie wird zwar versuchen, ihren Platz im „neuen Tunesien“ zu finden, doch wird sie dabei keine gewichtige Rolle spielen.

In Jordanien entbehrt das „Trojanische-Pferd“-Szenario ebenfalls jeder seriösen Grundlage, weil das islamistisch-haschemitische Verhältnis ein besonderes ist und keine derart weitreichenden Umbrüche wie in Tunesien oder Ägypten zu erwarten sind, auch wenn die jordanische MB stark ist und weiterhin eine gewichtige Rolle im politischen Leben Jordaniens spielen wird.

In Ägypten könnten die MB am wahrscheinlichsten aus Wahlen als eine gewichtige politische Kraft hervorgehen, die allerdings nur *eine* von vielen anderen politischen Kräften sein wird. Erst nach den nächsten Parlamentswahlen, dem Verfassen einer neuen ägyptischen Verfassung und der Präsidentschaftswahlen wird sich genauer abzeichnen, wo die ägyptische MB im neuen System ihren Platz finden wird. Ebenso wie die jordanischen und tunesischen Islamisten konnte sich die ägyptische MB bisher nur in einem autokratischen Raum bewegen, in dem die repressive Regierung den Rahmen für ihre Handlungen vorgab. Dies prägte ihr Verhalten sowie ihre inhaltlichen Positionen natürlich enorm. Es bleibt nun mit Spannung abzuwarten, wie sich die islamistischen Bewegungen in den politischen Neuordnungen, an deren Ende ein zumindest pluralistisches, offenes Sy-

stem stehen könnte, verhalten. Sie werden sich einem ihnen bisher unbekanntem politischen Wettbewerb stellen müssen und sind durch die sich abzeichnende Öffnung der jeweiligen politischen Systeme einem gewissen Anpassungsdruck ausgesetzt. Es besteht kein Zweifel daran, dass die politischen Entwicklungen in der Region in Zukunft zumindest bis zu einem gewissen Grad von diesen Bewegungen geprägt sein werden. Als alleinige Herrscher, die eine autoritäre Theokratie errichten werden, werden sie aber nicht hervorgehen.

Das Risiko politischer Öffnungen, wie sie sich gegenwärtig in einigen arabischen Staaten ankündigen, besteht immer darin, dass Gruppen die politische Macht übernehmen, welche sich dann nicht an demokratische Regeln halten werden. Diese Gefahr besteht allerdings nicht nur für islamistische, sondern für alle politischen Gruppen. Auch ohne mit den politischen

Positionen islamistischer Bewegungen übereinzustimmen, muss anerkannt werden, dass auch sie legitime Akteure in den sich nun ankündigenden politischen Neuordnungen sind. Die alt bekannte, aber nun neu aufflammende „Islamismus-Hysterie“ ist in jedem Fall unangebracht.



Karima El Ouazghari ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HSFK im Programm-bereich „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind islamistische Oppositionsbewegungen (insbesondere in Tunesien und Jordanien).

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 45 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie zu „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Information, Beratung und Vermittlung“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“, der Arbeitsbereich Friedenspädagogik sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählen.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSFK · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332